

wir wären gekommen, hätten sie hinausgeworfen und ihnen ihr Land weggenommen. Sie existierten gar nicht [als Volk; Anm. d. Übers.].“ (*Sunday Times*, 15. Juni 1969; zitiert in Shlaim, 2000:311) Netanjahu argumentierte ganz ähnlich als er sagte, sowohl der palästinensische Nationalismus als auch die palästinensischen Flüchtlinge seien Erfindungen aus der Zeit nach 1967:

Tatsächlich haben die meisten palästinensischen Araber ein Zuhause. Viele von ihnen leben nämlich als Vollbürger in Ost-Palästina – das heute Haschemitisches Königreich Jordanien heißt. Ganz ähnlich ist es mit den Arabern aus Judäa-Samaria: sie sind keine heimatlosen Flüchtlinge, sie leben in denselben Häusern wie vor der Errichtung des Staates Israel. Die Zahl der tatsächlichen Flüchtlinge geht gegen Null. (2000:156)

Multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die in zahlreichen Resolutionen die Existenz eines eigenständigen palästinensischen Volkes, sein Recht auf nationale Selbstbestimmung und die Existenz von mehr als dreieinhalb Millionen Flüchtlingen anerkannt haben, bestreiten die Richtigkeit dieser Auffassung.

## 1973 – der Oktoberkrieg/Jom-Kippur-Krieg

Es gelang den Ägyptern nicht, die Israelis durch den Zermürbungskrieg dazu zu bringen, den besetzten Sinai zurückzugeben – stattdessen wurden auch noch viele der Küstenstädte am Suez-Kanal durch israelische Angriffe verwüstet. Shlaim schreibt, in den frühen 70er Jahren habe Ägypten mehrfach versucht, den besetzten Sinai auf diplomatischem Wege zurückzuerhalten, doch die Friedensangebote seien von den Israelis zurückgewiesen worden. Shlaim deutet an, die israelische „Politik der Zermürbung“, gepaart mit Äußerungen, man wolle den Sinai annektieren, habe dazu geführt, dass Sadat (der damalige ägyptische Staatschef; Anm. d. Übers.) keine diplomatischen Optionen mehr blieben und ein Krieg unvermeidlich wurde.

Am 6. Oktober 1973 griffen ägyptische und syrische Truppen israelische Truppenkonzentrationen auf der besetzten Sinai-Halbinsel und in den Golan-Höhen an. Zunächst konnten die arabischen Armeen gute Erfolge erzielen, die ägyptische Armee überquerte den Suez-Kanal und rückte in den Sinai vor, während die syrische Armee die Israelis in den Golan-Höhen zurückdrängte. Doch schließlich gelang es der israelischen Armee, das Blatt zu wenden und die zunächst erlittenen territorialen Verluste wieder umzukehren. Dieser Krieg kostete 2.832 Juden und 8.528 Araber das Leben (Shlaim, 2000) und es gab Gerüchte, dass der Konflikt fast zu einer atomaren Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten sowie zu einem Atomschlag Israels gegen Ägypten geführt hätte.

Die Art des Angriffs und die Motivation Syriens und Ägyptens sind umstritten. Netanjahu vertritt die Ansicht, die arabischen Truppen hätten einen „enormen Vorteil“ gegenüber den Israelis gehabt und die israelische Armee hätte einen „aufreibenden Kampf“ geführt, „um zu verhindern, dass die Front angesichts der überwältigenden Zahl [der Gegner]zusammenbricht“. (2000:282) Er behauptet: „Es gelang der israelischen Armee, trotz des Überraschungsangriffs eine Niederlage zu verhindern – wenn auch nur um Haaresbreite“. Weiter sagt er, die Tatsache, dass man „obwohl der Angriff so deutlich zu ihren Gunsten verlief, so wenig vorzuweisen hatte“, führte letztlich dazu, dass Sadat sich 1979 in Camp David mit an den Verhandlungstisch setzte, um einen Friedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen. (2000:282) Im Gegensatz dazu vertritt Shlaim die Ansicht, der ägyptisch-syrische Angriff sei ein beschränkter Vorstoß gewesen, mit dem man Israel wieder an den Verhandlungstisch zurückbringen und eine politische Lösung erzwingen wollte, in der die im Krieg 1967 eroberten Gebiete zurückgegeben würden. In absoluter Gegenthese zu Netanjahu behauptet Finkelstein (1999), dass es letztlich die Israelis waren, die zustimmten, sich mit den Ägyptern und den Syrern in Camp David an den Verhandlungstisch zu setzen, nachdem diese gezeigt hatten, dass sie über eine „militärische Option“ verfügten.

Nach dem Jom-Kippur-Krieg verhängte die arabische Welt unter der Führung Saudi-Arabiens ein Ölembargo gegen den Westen. Dies führte zu einem massiven Anstieg des Erdölpreises, was eine große weltweite Rezession auslöste. Dies führte wiederum dazu, dass die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft darauf gelenkt wurde, dass es dringend notwendig war, diesen Konflikt zu lösen oder zumindest einige der gefährlicheren Elemente zu neutralisieren.

## Der Konflikt im Libanon

Nachdem sie 1970 aus Jordanien vertrieben worden war, siedelte die PLO in den Libanon um und führte von dort aus einen Guerilla-Krieg gegen den Staat Israel, in dem man sowohl militärische als auch zivile Ziele angriff. Sachar listet mehrere tödliche Angriffe palästinensischer Infiltrierer auf Israelis auf und schreibt, dass Mitte der 70er Jahre die „Gewalt praktisch ohne Unterbrechung weiterging“. (1977:810) Netanjahu merkt an, die PLO habe den Libanon als Basis benutzt, von der aus sie Katjuscha-Raketen über die Grenze nach Israel abgefeuert hätte, was, so schreibt er, schreckliche Auswirkungen auf das Leben jener hatte, die in den Städten und Dörfern im Norden Israels lebten:

Die PLO benutzte das Territorium ihres De-facto-Staates, um israelische Städte und Dörfer zu beschießen. Jahrelang musste sich die gesamte Bevölkerung der nördlichen Grenzstädte wegen der von der PLO abgeschossenen Katjuscha-Raketen, jener kleinen Brüder der Scud-Raketen, die der Irak 1991 auf Israel abschoss, immer wieder in die unterirdischen Luftschutzräume begeben. Bis 1982 waren die Bevölkerungszahlen von Kirjat Schemona und Naharija drastisch zurückgegangen; Fabriken, Schulen und Strände wurden wiederholt geschlossen, um zu verhindern, dass größere Menschenmengen bei den Angriffen ums Leben kamen; und die Angst vor dem wirtschaftlichen Ruin und der Entvölkerung hatte sich ausgebreitet. (2000:218-19)

Israel bombardierte daraufhin verstärkt Stellungen der PLO, Dörfer im Libanon und palästinensische Flüchtlingslager. Der israelische Militär-analyst Ze'ev Schiff rechtfertigte die Angriffe auf Zivilisten damit, dass die Guerillas die Dörfer und Flüchtlingslager als Deckung benutzen:

Im Südlibanon haben wir bewusst die Zivilbevölkerung angegriffen, weil sie es verdient hatte [...] die Bedeutung der Bemerkungen von [Mordechai] Gur [damaliger israelischer Stabschef] liegt darin, dass er zugegeben hat, dass die israelische Armee immer schon bewusst und zielgerichtet die Zivilbevölkerung angegriffen hat [...] die Armee, so sagte er, hat zu keiner Zeit die zivilen Ziele getrennt [von den militä-

rischen] betrachtet [...] sondern gezielt zivile Ziele angegriffen, selbst wenn es vorher keine Angriffe auf israelische Siedlungen gegeben hatte. (*Ha'aretz*, 15. Mai 1978; zitiert in Chomsky, 1999:181)

Der damalige israelische Außenminister Abba Eban sagte dazu: „Es bestand die logische Erwartung – die letztlich auch erfüllt wurde – dass die so getroffene Bevölkerung Druck ausüben würde, damit die Feindseligkeiten eingestellt würden“. (*Jerusalem Post*, 16. August 1981; zitiert in Chomsky, 1999:182) Die Einwohner der libanesischen Dörfer waren jedoch unbewaffnet und konnten faktisch kaum etwas gegen die bewaffneten Guerilla-Kämpfer ausrichten. Die libanesische Armee war ebenfalls zu schwach, um die Palästinenser zu vertreiben, die praktisch einen Staat im Staate bildeten. Aus den offiziellen Statistiken der Regierung über die Opferzahlen lässt sich erkennen, dass das Ausmaß der israelischen Angriffe in keinerlei Verhältnis zu den Angriffen der Palästinenser stand. Laut Schätzungen der israelischen Behörden kamen zwischen 1967 und 1982 an der Nordgrenze Israels 106 israelische Zivilisten durch Angriffe palästinensischer Guerillas ums Leben, das sind etwa 7 pro Jahr. (*Ha'aretz*, 22. Juni 1982; zitiert in Chomsky, 1999:74) Die amerikanische Journalistin Judith Coburn berichtete, Diplomaten in Beirut sowie UN-Vertreter schätzten, dass zwischen 1967 und 1975 etwa 3.500 Libanesen und mindestens doppelt so viele palästinensische Zivilisten getötet wurden – das sind mehr als eintausend pro Jahr. Als sie Mitte der 70er Jahre den Südlibanon bereiste, entdeckte Coburn, dass viele Dörfer „in den letzten Monaten [...] fast täglich mit Flugzeugen, Artillerie, Panzern und Kanonenbooten angegriffen worden waren“. Die Israelis hatten im Rahmen eines von ihr als Politik der „verbrannten Erde“ bezeichneten Vorgehens „Granaten, Bomben, Phosphor- und Brandbomben, CBU's [Streubomben] und Napalm“ gegen die Bewohner der libanesischen Dörfer und der Flüchtlingslager eingesetzt, um die Bevölkerung zu vertreiben und eine entmilitarisierte Zone zu schaffen. (*New York Times*, 7. März 1975; zitiert in Chomsky, 1999:191) Bis 1977 waren laut Schätzungen etwa 300.000 libanesische Muslime durch die Angriffe der Israelis zu Flüchtlingen geworden. (*New York Times*, 2. Oktober 1977; zitiert in Chomsky, 1999:191)

Inzwischen setzte die PLO ihre diplomatische Offensive bei den Vereinten Nationen fort. Im November 1974 verlieh die UNO der PLO offiziell den Beobachter-Status und etwas später im selben Monat trat Arafat

erstmal vor die UN-Generalversammlung und hielt seine berühmte „Ölzweig und Pistole“-Rede. Der Führer der PLO bot an, im Gegenzug für die Schaffung eines palästinensischen Kleinstaates im Westjordanland und im Gaza-Streifen einerseits und die Lösung des Flüchtlingsproblems andererseits den bewaffneten Kampf zu beenden. Doch nicht alle Fraktionen innerhalb der Organisation begrüßten dies, wobei der Flügel derjenigen, die gegen das Konzept vom Kleinstaat und gegen eine Anerkennung Israels waren, von der PFLP angeführt wurde. Die Israelis zeigten sich von all dem vollkommen unbeeindruckt. Der israelische Außenminister behauptete sogar: „Arafat hat stets die Sprache des willkürlichen Terrors, die Sprache der Waffen, gesprochen, von einem Ölzweig des Friedens war da nichts zu spüren“. (zitiert in Hirst, 1977:335) Auch die Forderung nach der Schaffung eines zwischen Israel und Jordanien gelegenen palästinensischen Kleinstaates wurde zurückgewiesen – man behauptete, ein solcher Staat wäre letztlich nur eine Plattform, von der aus die PLO versuchen würde, Israel zu zerstören. In der israelischen Tageszeitung *Yediot Aharonot* hieß es: „kein vernünftiger Mensch [...] kann von uns verlangen, dass wir der PLO diese Regionen überlassen, es sei, er erwartet, dass Israel Selbstmord begeht“. (14. November 1974; zitiert in Hirst, 1977:336)

Mitte der 70er Jahre waren dann beide Seiten sowie Syrien in den Bürgerkrieg im Libanon verwickelt. Der Nationale Pakt zur Teilung der Macht aus dem Jahr 1943 zerbrach Mitte der 70er Jahre und das Ganze gipfelte im Bürgerkrieg von 1975/76, der das gesamte Land erfasste. Im Grunde standen sich in diesem Konflikt zwei große Gruppen gegenüber: einerseits die konservative, von Israel unterstützte christlich-maronistisch-phalangistische Allianz, die das Land wirtschaftlich dominierte, und andererseits die überwiegend aus den Ärmsten des Landes bestehende Mehrheit aus links gerichteten libanesisch-muslimischen und palästinensischen Gruppierungen. Mitte 1976 gewann die links gerichtete muslimische Koalition die Oberhand in dem Konflikt, woraufhin die Syrer auf Seiten der Christen intervenierten und den größten Teil des Libanons mit Ausnahme eines Streifens an der Südgrenze zu Israel besetzten. Nachdem die syrische Armee auf Bitten der Christen (und mit stillschweigender Unterstützung Israels) in den Konflikt eingegriffen hatte, gab es einen Waffenstillstand und mit Ausnahme des Südlibanon kehrte überall relative Ruhe ein. Im Verlauf des 18 Monate dauernden Bürgerkrieges wurde Beirut stark verwüstet und sogar geteilt und Zehntausen-

de Palästinenser und Libanesen kamen ums Leben. Im April 1976 kamen Israel und Syrien nach Vermittlung durch die Amerikaner zu einer geheimen Vereinbarung, nach welcher das Gebiet in unterschiedliche "Einflusssphären" aufgeteilt werden sollte. Syrien verpflichtete sich, seine Truppen nördlich des Litani zu halten und dort keine Boden-Luft-Raketen zu installieren, wodurch man den Südlibanon als Sicherheitspuffer für Israel anerkannte.

Mitte der 70er Jahre hatte Israel damit begonnen, die beiden großen christlich-maronitischen Milizen, die Phalangisten und die Chamouns, mit Waffen zu beliefern. Der ehemalige Auslandskorrespondent der *Washington Post*, Jonathan Randal (1983), deutet an, der Konflikt sei für Israel strategisch nützlich gewesen, da so gleich zwei Feinde – die Syrer und die Palästinenser – gebunden waren, die 1977 beide bereits im Konflikt mit den Christen standen. Außerdem unterstützte Israel die Südlibanesische Armee (SLA) von General Haddad, die dann als Stellvertreterarmee Israels im Südlibanon agierte. Randal (1983) schreibt, dies sei insofern brisant, als Haddads Truppen an einigen ernsten Vergehen beteiligt waren, unter anderem mehrere Fälle von Massentötungen von Zivilisten, und außerdem beschuldigt wurden, an der illegalen Tötung von UN-Mitarbeitern beteiligt gewesen zu sein. 1978 startete Israel eine groß angelegte Invasion im Südlibanon und behauptete, es handle sich um eine Vergeltungsmaßnahme für einen Angriff der Palästinenser innerhalb Israels, bei dem 37 Israelis und 9 Palästinenser ums Leben gekommen waren.

Das Ausmaß und die Auswirkungen der Invasion sind umstritten. Gilbert schreibt: „mehrere Dutzend PLO-Soldaten wurden getötet oder gefangen genommen“ und „alle Einrichtungen der PLO wurden systematisch zerstört“. (1999:490) Randal dagegen schreibt, nicht die Guerillas, sondern die Zivilisten hätten die Hauptlast des Angriffs tragen müssen:

Die Zerstörung erreichte Ausmaße, die man nur zu gut aus Vietnam kannte. In Nachahmung des verschwenderischen Einsatzes von Feuerkraft durch die Amerikaner in Indochina versuchten die Israelis, die Zahl der Opfer in den eigenen Reihen möglichst gering zu halten – was ihnen auch gelang. Doch es gelang ihnen nicht, die palästinensischen Kommandos auszulöschen, denn diese hatten viel Zeit, um sich nördlich des Litani in Sicherheit zu bringen. Auch mehr als zweihunderttausend Libanesen packten Matratzen, Kleider und ihre Familien in Taxis und

überfüllte Pick-ups und flohen gen Norden. Sie wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land, sie besetzten unbewohnte Wohnungen, wodurch die Spannungen in West-Beirut noch verstärkt wurden. Innerhalb kurzer Zeit töteten die Israelis eine große Anzahl von Menschen, die meisten von ihnen – laut Angaben des Roten Kreuzes etwa 1.000 – libanesische Zivilisten. Mehr als 6.000 Häuser wurden stark beschädigt oder ganz zerstört und in einem Gewaltrausch, in dem die israelische Armee viele Gräueltaten beging, wurden ein halbes Dutzend Dörfer praktisch dem Erdboden gleich gemacht. (1983:209)

Nachdem die Vereinten Nationen, welche den Angriff verurteilten, drei Monate lang massiven Druck auf Israel ausgeübt hatten, zog sich die israelische Armee aus dem Südlibanon zurück und es wurden dort UN-Truppen stationiert. Die meisten der Positionen, die die israelische Armee aufgegeben hatte, wurden hinterher von der SLA besetzt. Im Januar 1979 verkündete der israelische Verteidigungsminister Ezer Weizmann die umstrittene Präventivpolitik Israels gegenüber den palästinensischen Guerillakämpfern im Südlibanon. Er erklärte, Israel würde nicht nur Vergeltungsschläge durchführen, sondern „zu jeder Zeit und an jedem Ort, die Israel wünschenswert erscheinen“ zuschlagen. (zitiert in Randal, 1983:220) 1981 eskalierten dann die Feindseligkeiten im Libanon. Am 17. Juli startete Israel einen großen Bombenangriff auf den Südlibanon und beschoss dabei Flüchtlingslager, Häfen, die wichtigste Ö raffinerie des Libanon und bis auf eine alle Brücken über den Litani und den Zahrani. (Randal, 1983:236f.) Die Israelis behaupteten, die Angriffe seien eine notwendige Reaktion auf die Aufrüstung der PLO im Südlibanon. Die Palästinenser hielten sich drei Tage lang zurück und begannen dann, den Norden Israels mit Raketen und Granaten zu beschießen. Am 17. Juli bombardierten die Israelis Fakhani, einen Stadtteil von Beirut, in dem die PLO ihre Büros hatte. Dabei kamen mehr als 120 palästinensische und libanesische Zivilisten ums Leben, was dazu führte, dass der Angriff weltweit scharf verurteilt wurde. Danach starteten die Palästinenser Artillerieangriffe auf 28 israelische Städte und Siedlungen, bei denen sie nicht nur an den Häusern, sondern auch an Ernteflächen und in Obstplantagen erheblichen Schaden anrichteten und Zehntausende Israelis zwangen, zeitweise aus ihren Häusern im Norden Israels zu flüchten. (Randal, 1983) Nach diesem Schlagabtausch einigten sich beide Seiten nach Vermittlung durch die Amerikaner auf einen Waffenstillstand.

## Diplomatische Bemühungen und das Abkommen von Camp David

In dieser Zeit hatten die Palästinenser eine ganze Reihe von Versuchen unternommen, ein Friedensabkommen zu erreichen. Im Januar 1976 legten palästinensische Vertreter dem UN-Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf vor, in dem eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 „mit angemessenen Vorkehrungen [...] zur Gewährleistung [...] der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit aller Staaten in dem Gebiet und ihres Rechts, in sicheren und anerkannten Grenzen in Frieden zu leben“ gefordert wurde. (Resolution S/11940 des UN-Sicherheitsrates) Neun Länder, darunter Frankreich und die Sowjetunion, stimmten für den Entwurf, doch letztlich wurde die Resolution durch eine einzige Gegenstimme, die der Vereinigten Staaten, blockiert. Chomsky (1999) weist darauf hin, dass die PLO bereit war, den von den Sowjets und den Amerikanern vorgeschlagenen Friedensplan vom Oktober 1977, den sowjetischen Friedensplan von 1981 und den saudischen Friedensplan von 1982 zu akzeptieren. Außerdem zitiert er eine Reihe von Aussagen von PLO-Vertretern aus den späten 70er Jahren, aus denen hervorgeht, dass die Palästinenser den bewaffneten Kampf einstellen wollten, wenn sie ihren palästinensischen Kleinstaat in Gaza und im Westjordanland erhielten. Er schreibt, all diese Angebote seien von Israel zurückgewiesen worden. Doch einige Israelis, wie Benjamin Netanjahu, haben alle derartigen Friedensvorschläge von palästinensischer Seite als Versuch abgelehnt, Israel zu zwingen, ein „trojanisches Pferd“ aus den Händen der PLO anzunehmen, dessen Zweck darin bestünde, den Staat Israel zu zerstören. Netanjahu behauptet, nach dem Krieg von 1973 hätten die Palästinenser festgestellt, dass sie Israel nicht durch einen „militärischen Frontalangriff“ zerstören können und dass sie stattdessen eine „Interimsphase“ planten, „in deren Verlauf Israel auf ein Ausmaß reduziert werden sollte, das einen Gnadenstoß leichter macht“. Dies sollte in zwei Phasen ablaufen: „Zunächst würde ein palästinensischer Staat auf jedwedem Territorium, das Israel verlassen hat, geschaffen“ und „anschließend würde aus diesem Staat heraus ein allgemeiner militärischer Angriff der Araber organisiert, durch den das zusammengeschrumpfte und nicht mehr zu verteidigende

Israel vernichtet werden soll“. (2000:239) Außerdem vertritt Netanjahu die Ansicht, die Araber hätten den Westen mit einer gemäßigten Fassade getäuscht:

Denn die PLO ist ein pan-arabisches trojanisches Pferd. Die Araber versuchen seit mehr als 20 Jahren, den Westen dazu zu bringen, dieses Geschenk anzunehmen, damit der Westen seinerseits Israel zwingen kann, es zu den Toren hereinzulassen. Die Araber malen ihr Geschenk schön an, mit Rechtmäßigkeit, mit dem Pathos ihrer Not, mit Bekundungen zu den in Ehren gehaltenen Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Doch ganz egal wie sehr man versucht, diesen Fakt zu verschleiern, am letztendlichen Ziel dieses Geschenks ändert sich nichts: es soll in die Verteidigungsmauern Israels eindringen und auf den Hügeln über Tel-Aviv aufgestellt werden, wo es seine grausige Aufgabe erfüllen kann. Jedes Stück westlicher Akzeptanz – die Titelstories, die Bankette, der Beobachterstatus, die Botschaften und jedes Stück Land, das die PLO in die Hände bekommen hat – wird von ihr dazu benutzt, ihrem Ziel näher zu kommen. (2000:256)

Im März 1978 schrieben 350 israelische Reservisten einen Brief an Premierminister Begin, in dem sie die Regierung beschuldigten, sie würde mehr Energie darauf verwenden, Siedlungen zu bauen und ein „Groß-Israel“ zu schaffen als Frieden mit der arabischen Welt zu schließen. Dies war zumindest teilweise eine Reaktion auf Begins Entscheidung, die Errichtung einiger neuer Siedlungen der *Gusch Emunim* tief in den besetzten Gebieten zu unterstützen. Der Brief markierte auch die Entstehung der Bewegung „Peace Now“, die im September 1978 eine Massenkundgebung in Tel-Aviv organisierte, an der 100.000 Israelis teilnahmen und die damit die größte politisch motivierte Demonstration in der Geschichte des Staates Israel war. Auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) drängte im Jahr 1979 auf eine Lösung des Konflikts. Die Staatsoberhäupter der Mitgliedsländer der EWG gaben auf einem Treffen in Venedig mehrere Erklärungen ab, in denen sie ihre Unterstützung für einen Palästinenser-Staat zum Ausdruck brachten, und der designierte Präsident der Europäischen Kommission, Gaston Thorn, reiste in den Nahen Osten und traf sich dort mit Jassir Arafat. Irland und Österreich erkannten die PLO an und der französische Präsident Giscard d’Estaing empfahl, die PLO als Partner bei Friedensverhandlungen zu akzeptieren.

Außerdem versuchten die Europäer, die Resolution 242 dahingehend zu erweitern, dass auch das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung mit eingeschlossen wäre. Ovendale (1999) behauptet, die Vereinigten Staaten hätten deutlich gemacht, dass sie gegen jede von den Europäern im UN-Sicherheitsrat eingebrachte Resolution Veto einlegen würden, in der die Rechte der Palästinenser gestärkt würden.

Im März 1979 unterzeichnete Israel endlich nach jahrelangen Kämpfen und großen diplomatischen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft in Washington ein Friedensabkommen mit Ägypten, dessen Bedingungen im Wesentlichen denen entsprachen, die Israel 1972 abgelehnt hatte. Darin erklärte sich Israel bereit, im Austausch für ein umfassendes Friedensabkommen und die Entmilitarisierung eines Großteils des Sinai die Sinai-Halbinsel zurückzugeben. Doch beide Seiten mussten Kompromisse eingehen. Israel willigte ein, die Siedlungen und Flugplätze zu beseitigen und Ägypten ließ die Jerusalem-Frage fallen. Außerdem einigten sich die beiden Parteien auf einen recht vagen Autonomieplan für die Palästinenser, der stufenweise über mehrere Jahre umgesetzt werden sollte. Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens wurden die beiden Unterzeichnenden heftig kritisiert. Begin wurde von den konservativen und den religiös orientierten Parteien angegriffen, weil er den Sinai zurückgegeben hatte, und Sadat wurde kritisiert, weil er die arabische Einheit zerstört hatte, indem er ein Friedensabkommen mit Israel schloss, ohne Lösungen in Bezug auf die Jerusalem-Frage, die Frage nach einem eigenen Palästinenser-Staat oder einen vollständigen Rückzug der Israelis aus den arabischen Gebieten erzielt zu haben. Finkelstein (2001) deutet an, die israelische Regierung habe dem Friedensabkommen mit Ägypten deshalb zugestimmt, weil dadurch die mächtigste arabische Armee, die Israel bedrohte, neutralisiert wurde und weil das Abkommen es den Israelis danach ermöglichen würde, den Kern der palästinensischen Nationalbewegung im Libanon zu zerschlagen.

Am 30. Juli 1980 annektierte die israelische Regierung formal ganz Jerusalem und im Jahr darauf die Golan-Höhen, wobei dies nicht nur eine Verletzung des Friedensabkommens mit Ägypten, sondern auch der Resolution 242 darstellte. Beide Annexionen wurden sofort scharf vom UN-Sicherheitsrat verurteilt und in den Resolutionen 478 und 497 wurden sie für illegal erklärt und ihre Aufhebung gefordert. Die israelische Regierung arbeitete auch nicht weiter an den Plänen für einen Autonomie der Palästinenser und Shlaim ist der Ansicht, die Begin-Regierung

habe die Verhandlungen dazu bewusst sabotiert und die Enteignung palästinensischer Grundstücke sowie den Bau von Siedlungen ausgeweitet, weil sie die Kontrolle über das Westjordanland und den Gaza-Streifen behalten wollte:

Begin handhabte die Autonomieverhandlungen so, dass nichts dabei herauskommen konnte. Das erste Anzeichen dafür war die Ernennung von Dr. Josef Burg, dem israelischen Innenminister, zum Leiter des sechsköpfigen Verhandlungsteams Israels. Burg war der Führer der National-Religiösen Partei, die die Ansicht vertrat, das Anrecht Israels auf Judäa und Samaria sei in der Schrift verankert und die die Siedlungsaktivitäten der *Gusch Emunim* unterstützte. (2000:381-82)

## 1982 – die Invasion im Libanon

Am 6. Juni 1982 marschierte Israel im Libanon ein und griff die dortigen Truppen der PLO an. Auf ihrem Weg nach Beirut lieferte sich die israelische Armee auch Gefechte mit der syrischen Armee. In den ersten Tagen des Konflikts berichtete G. H. Jansen, Korrespondent beim *Economist*, die israelische Taktik bestünde darin, Städte und Dörfer zu umzingeln und das „so schnell, dass die darin wohnenden Zivilisten darin festsitzen, und sie anschließend vom Land, vom Wasser und von der Luft aus beschossen werden können. Nach einigen Tagen gibt es dann einen vorsichtigen Probeangriff – wenn daraufhin Widerstand geleistet wird, wird der Beschuss wieder aufgenommen“. (*Middle East International*, 2. Juli 1982; zitiert in Chomsky, 1999:219) Als der von den Amerikanern ausgehandelte Waffenstillstand am 11. Juni in Kraft trat, hatte die israelische Armee bereits die südlichen Außenbezirke von Beirut erreicht. Shlaim (2000) schreibt, Israel habe erwartet, dass seine christlichen Verbündeten unter der Führung von Bachir Gemayel die PLO-Truppen angreifen würden, die zu diesem Zeitpunkt in West-Beirut festsäßen. Doch Gemayel sträubte sich dagegen, die Palästinenser

anzugreifen und die Israelis wollten nicht in Straßenkämpfe verwickelt werden, die möglicherweise einen hohen Zoll gefordert hätten. Bis zum 13. Juni war es den Israelis gelungen, Beirut einzukreisen und in den nächsten zwei Monaten belagerten sie die Stadt und beschossen sie mit schwerem Geschütz.

Der israelische Befehlshaber Ariel Sharon, der den israelischen Angriff leitete, behauptete: „in der Geschichte der modernen Kriegsführung hat sich noch keine Armee so sehr bemüht, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden wie die israelische Armee es getan hat“. Weiter sagte er, man habe sich „peinlichst genau“ an die „jüdische Doktrin“ von der *Tohar HaNeshek* (Waffenreinheit) gehalten, die israelische Armee habe „ausschließlich vorher festgelegte Stellungen der PLO angegriffen und nur dann Häuser beschossen, wenn diese als Stützpunkt der PLO dienten“. (*New York Times*, 29. August 1982; zitiert in Chomsky, 1999:243-44) Gilbert (1999) betont außerdem, dass die Israelis sich bei ihren Angriffen auf Hochburgen der PLO konzentrierten, auch wenn er einräumt, dass in einem Fall ein Krankenhaus stark beschädigt wurde. In anderen Berichten von Journalisten in Beirut heißt es, die Israelis bombardierten wahllos zivile Gebiete. Robert Fisk vom *Independent* schrieb, die Israelis arbeiteten mit „Feuerschlägen“, bei denen „50 Granaten gleichzeitig“ auf Wohngebiete abgeschossen wurden, „sodass jeder im Umkreis von etwa 500 Metern vom Einschlagsort getötet wurde“. (2001:284) Weiter berichtet er, die Israelis hätten neben Splitterbomben auch Phosphorbomben benutzt, durch die Feuer ausbrachen und die nicht heilbare Verbrennungen verursachten. In der israelischen Tageszeitung *Ha'aretz* wurde angemerkt, dass auch Vakuumbomben zum Einsatz kamen, durch die Flugzeugtreibstoff auf eine Weise entzündet wird, bei der ein immenser Druck entsteht, der letztlich auch große Gebäude einstürzen lässt. Laut den Berichten wurden diese Bomben gezielt über Wohngebieten abgeworfen. (11. August 1982) Chris Giannou, ein kanadischer Chirurg, der in einem palästinensischen Hospital gearbeitet hatte, sagte vor dem US-Kongress aus, er habe die „absolute, vollständige Verwüstung von Wohngebieten und die blinde, grausame und wahllose Zerstörung von Flüchtlingslagern durch gleichzeitigen Beschuss mit Granaten und durch flächendeckende Bombardements von Flugzeugen, Kanonenbooten und Panzern aus und durch Artilleriebeschuss“ selbst gesehen. Weiter bezeugte er den großflächigen Einsatz von Splitterbomben und Phosphorbomben in Wohngebieten und sagte, er habe gesehen,

wie Gefangene „grausam und wahllos geschlagen wurden“, wobei sie manchmal sogar tot geprügelt wurden, und dass die Folter von Gefangenen keine Seltenheit war.

Im Juli und August wurden die Bombardements noch intensiviert und Hirsh Goodman berichtete, sie seien auch dann noch fortgesetzt worden, als bereits eine generelle Übereinkunft darüber erzielt worden war, dass die PLO das Land verlassen sollte. (*Jerusalem Post*, 1. Oktober 1982; zitiert in Chomsky, 1999:241) Im Juli befahl Jitzchak Rabin, alle Lebensmittel-, Wasser-, Medikamenten- und Treibstofflieferungen in die Stadt zu unterbinden. Elaine Carey berichtete, bis zum 4. August waren acht der neun Waisenhäuser in Beirut durch Splitter- und Phosphorbomben zerstört worden, obwohl sie klar gekennzeichnet waren und die Israelis zugesichert hatten, dass man sie verschonen würde. (*Christian Science Monitor*, 4. August 1982; zitiert in Chomsky, 1999:225) Am 12. August erreichten die Bombardements ihren Höhepunkt. Der amerikanische Journalist Charles Powers schrieb dazu:

Viele empfanden die Belagerung Beiruts als unnötige Brutalität. [...] Das Arsenal der Waffen, die dabei in einer Weise eingesetzt wurden, wie man sie seit dem Vietnam-Krieg nicht mehr gesehen hatte, hat jene, die die Folgen direkt erlebt oder in Filmberichten und Nachrichtensendungen gesehen haben, absolut entsetzt. Der Einsatz von Splitterbomben und Phosphorbomben, letzteres eine ganz teuflische Waffe, war weit verbreitet [...]. In den letzten Stunden des letzten Luftangriffs auf Beirut wurde von den israelischen Flugzeugen aus ein Bombenteppich über Burj el-Barajneh [einem Flüchtlingslager] abgeworfen. Es gab dort keine Kämpfer mehr, sondern nur noch die zerstörten Häuser der palästinensischen Familien, die wieder einmal würden fortgehen müssen und sich einen anderen Ort zum Leben suchen. (*Los Angeles Times*, 29. August 1982; zitiert in Chomsky, 1999:242)

Ende August wurden die PLO-Truppen schließlich aus Beirut nach Tunis gebracht. Außerhalb Beiruts gab es Berichte darüber, dass viele Flüchtlingslager und libanesische Dörfer zerstört worden waren. Fisk schreibt, dass in Sidon 2.000 libanesische Zivilisten bei Luftangriffen ums Leben kamen, die er als „die grausamsten je auf eine libanesische Stadt verübten“ beschrieb. (2001:204) Olof Rydbeck, der Chef der UN-Flüchtlingsbehörde, die die Lager verwaltete, sagte, 32 Jahren harter

Arbeit seien „ausgelöscht“ worden und „praktisch alle Schulen, Krankenhäuser und Einrichtungen der Behörde lägen in Trümmern“ (*New York Times*, 19. August 1982, zitiert in Chomsky, 1999:223) Hinsichtlich der Zahl der Toten unter der Zivilbevölkerung und den Mitgliedern der PLO herrscht Uneinigkeit. Gilbert (1999) behauptet, es seien 460 libanesische Zivilisten und 6.000 PLO-Kämpfer getötet worden, während die libanesische Polizei schätzt, dass bis Ende August 19.085 Menschen ums Leben kamen, davon allein in Beirut 6.775, und dass etwa 84 Prozent von ihnen Zivilisten waren. (*Christian Science Monitor*, 21. Dezember 1982; zitiert in Chomsky, 1999:221) Laut Schätzungen der Vereinten Nationen wurden in West-Beirut 13.500 Häuser stark beschädigt und Tausende weitere in anderen Landesteilen, wobei die Schäden in den Flüchtlingslagern, die eigene Städte bildeten, noch nicht mit eingerechnet sind. (*Christian Science Monitor*, 18. November 1982; zitiert in Chomsky, 1999:223) Außerdem gab es Berichte darüber, dass eine große Zahl männlicher libanesischer und palästinensischer Jugendlicher und Erwachsener in Lager verschleppt wurden, wo man sie erniedrigte und sogar folterte.

Chomsky zitiert die Zeugenaussage von Dov Yirmiah, einem Oberstleutnant der israelischen Streitkräfte, die in der israelischen Tageszeitung *Yediot Ahronot* veröffentlicht wurde und in der er sich zum Schicksal der palästinensischen und libanesischen Gefangenen äußert:

Er erzählt eine Geschichte nach der anderen von Gefangenen, die während ihrer Gefangenschaft grausam und schier endlos lange geprügelt wurden, von Folterungen und Erniedrigungen der Gefangenen und von den vielen von ihnen, die in israelischen Gefängnissen oder in Konzentrationslagern im Libanon infolge der Prügel starben oder verdursteten. [...] Die langen und immer wiederkehrenden Verhöre wurden begleitet durch ständige Schläge oder durch Angriffe von Hunden an Leinen oder durch den Einsatz von Luftgewehren, die zwar nicht tödlich waren, aber massive Schmerzen verursachten. [...] Immer wieder mussten neue Schlagstöcke in die Lager geliefert werden, damit man diejenigen ersetzen konnte, die während der Verhöre kaputt gegangen waren. Die Folterknechte waren „Experten auf ihrem Gebiet“, so die Gefangenen, und sie wussten genau, wie sie die Schläge, darunter auch Schläge in den Genitalbereich, ausführen mussten, damit sie möglichst schmerz-

voll waren und sie taten das so lange, bis die Gefangenen zugaben, „Terroristen“ zu sein. (8. November 1982; zitiert in Chomsky, 1999:240)

In anderen Berichten in der israelischen Presse wurde behauptet, Mitglieder der Südlibanesischen Armee, der Stellvertreterarmee Israels, hätten die Erlaubnis erhalten, in den Lagern Gefangene zu foltern und das einige von ihnen auch zu mehreren Frauen vergewaltigt hatten und versucht hatten, sie zu zwingen, mit Hunden zu koitieren. (*Koteret Rasbit*, 16. März 1983; zitiert in Chomsky, 1999:236) Nachdem die PLO zugestimmt hatte, den Libanon zu verlassen, kam es in den Flüchtlingslagern Schatilla und Sabra zu einem der berühmtesten Zwischenfälle des Krieges. Nach dem Abzug der PLO aus dem Libanon riegelte die israelische Armee die Lager am 16. September ab und gewährten zwischen 100 und 130 Phalangisten und Truppen von Haddad Zutritt. Ariel Scharon behauptete, in den Lagern haben sich 2.000 gut bewaffnete palästinensische Kämpfer befunden und man habe die christlichen Truppen in die Lager geschickt, um diese zu säubern. Edward Walsh jedoch schreibt: „Bislang hat allerdings noch niemand öffentlich erklärt, wie 100 bis 130 Phalangisten eine solche Übermacht besiegen sollten“. (*Washington Post*, 26. Dezember 1982; zitiert in Chomsky, 1999:369) Und Journalisten, die wenige Tage zuvor dort gewesen waren, hatten berichtet, dass es dort keinerlei Anzeichen für die Anwesenheit bewaffneter Kräfte gegeben hatte. (*Time*, 4. Oktober 1982)

Nachdem sie einmal in den Lagern waren, vergewaltigten und töteten die Phalangisten viele der Lagerinsassen – die meisten von ihnen waren Frauen, Kinder und alte Menschen. Bezüglich der Opferzahlen gehen die Meinungen auseinander. Laut Schätzungen der offiziellen von israelischer Seite eingesetzten Untersuchungskommission, der so genannten Kahan-Kommission, wurden 700 bis 800 Menschen getötet, die libanesischen Behörden schätzen, es seien ungefähr 2.000 Menschen gewesen und der israelische Journalist Amnon Kapeliouk (1984) gibt die Zahl unter Berufung auf das Internationale Komitee des Roten Kreuzes sogar mit 3.000 bis 3.500 an. Auch den Vereinigten Staaten wurde eine Mitschuld an dem Massaker zugewiesen, weil sie im Rahmen der Einigung mit der PLO zum Abzug aus Beirut ganz explizit zugesichert hatten, dass die muslimische Zivilbevölkerung von West-Beirut geschützt werden würde. (Ovendale, 1999) Die Vereinten Nationen verurteilten das Massaker mit 147 zu zwei Stimmen (Israel und die Vereinigten Staaten)

und seither versuchen internationale Anwälte in Belgien, die israelischen Befehlshaber Ariel Scharon und Amos Jaron wegen Kriegsverbrechen anzuklagen.

Es schien, als sollte der Krieg gegen den Libanon die israelische Gesellschaft spalten. Einige Israelis bezweifelten, dass das Maß an Tod und Zerstörung, das Israel über den Libanon brachte, in irgendeinem Verhältnis zu der Bedrohung stand, die die militanten Palästinenser darstellten. 1982 fand in der Universität von Tel-Aviv eine Debatte zum Thema Zionismus statt, in deren Verlauf Aluf Hareven vom Van Leer Institute sagte:

Laut den Zahlen, die Innenminister Josef Burg vorgelegt hat, wurden im Jahr 1980 10 Juden von Terroristen getötet und im Jahr 1981 8. Im Gegensatz dazu haben wir 1982 etwa 1.000 Terroristen getötet und den Tod Tausender Einwohner eines feindlichen Landes verursacht. Wenn das so ist, dann folgt daraus, dass wir für 6-8 getötete Juden im Gegenzug Tausende von Nicht-Juden töten. Das ist zweifellos eine spektakuläre Situation, ein ganz außergewöhnlicher Erfolg für den Zionismus. Ich möchte sogar sagen ein übertriebener. (*Migvan*, Oktober/November 1982; zitiert in Chomsky, 1999:74)

Die Massaker in Sabra und Schatilla lösten auch die größten Proteste in der Geschichte Israels aus. Am 25. September 1982 nahmen mehr als 400.000 Israelis an einer von „Peace Now“ organisierten Demonstration teil. Andere Stimmen jedoch deuten an, einem Großteil der israelischen Bevölkerung habe den Vorfällen in den Flüchtlingslagern völlig gleichgültig gegenübergestanden, wenn sie sie nicht sogar billigten:

Was Sabra und Schatilla angeht, so zeigt sich ein großer Teil der Bevölkerung, vielleicht gar die Mehrheit, vom Massaker selbst völlig unbeeindruckt. Araber im Allgemeinen und Palästinenser im Besonderen zu töten findet breite Zustimmung oder zumindest stört sich niemand daran. Ich war sehr überrascht, mehr als einmal von gebildeten, aufgeklärten Menschen, die „das Gewissen der Nation“ verkörpern, zu hören, sie seien der Ansicht, das Massaker an sich, als Schritt zur endgültigen Vertreibung der Palästinenser aus dem Libanon, sei nichts wirklich Schlimmes. Es sei nur ärgerlich, dass wir gerade in der Nähe waren. (*Ha'aretz*, 19. November 1982; zitiert in Chomsky, 1999:395)

Im Hinblick auf Israels Motive für diesen Angriff gehen die Meinungen auseinander. Mitchell Bard (2003), Direktor des *American-Israeli Cooperative Enterprise*, führt drei Gründe für die Entscheidung Israels für diesen Angriff an. Zunächst einmal, so behauptet er, habe die PLO wiederholt die von den Amerikanern im Juli 1981 ausgehandelte Waffenruhe gebrochen und die Israelis von der libanesischen Seite aus angegriffen. Zweitens unterstellt er, es seien 15.000 bis 18.000 PLO-Mitglieder im Südlibanon stationiert gewesen und diese seien mit einem großen Arsenal an Waffen ausgestattet gewesen, darunter auch Raketen, Boden-Luft-Geschosse, Mörser, Panzer und ausreichend Waffen, um fünf Brigaden auszustatten. Auch die Anschläge und Luftangriffe der Israelis konnten seiner Ansicht nach die Entstehung dieser „PLO-Armee“ nicht verhindern. Als dritten Grund führt Bard den Mordanschlag der *Abu-Nidal-Gruppe* auf Schlomo Argov, den israelischen Botschafter in London, an, doch all diese Begründungen sind umstritten. Shlaims Ansicht nach verfolgte Israel zwei wesentliche Ziele. Erstens wollte man eine neue politische Ordnung im Libanon errichten und zweitens „die militärische Infrastruktur im Libanon“ zerstören „und sie als politische Organisation schwächen“. (2000:396) Nach Aussagen von Mordechai Bar-On, einem ehemaligen Ausbildungsoffizier bei den israelischen Streitkräften, „gibt es keinen Zweifel daran, dass das zentrale Ziel [des Krieges] darin bestand, den nationalen Bestrebungen der Palästinenser einen vernichtenden Schlag zu versetzen, ebenso wie ihrer Existenz als Nation, die bestrebt ist, sich selbst zu definieren und sich ein Recht auf Selbstbestimmung zu erarbeiten“. (*New Outlook*, Oktober 1982; zitiert in Chomsky, 1999:203) Nachdem die Infrastruktur der PLO zerstört und die Flüchtlinge vertrieben wären, so die Argumentation einiger Kommentatoren, würde die Organisation möglicherweise auf Entführungen zurückgreifen und damit ihren sich zunehmend verbessernden politischen Status gefährden:

Wenn man die PLO jetzt aus dem Libanon vertriebe – oder sie noch besser auf eine Art tollwütigen Terrorismus reduzieren würde, die ihre wachsende politische und diplomatische Legitimierung schwächt – so hätte Israel bessere Chancen, das Westjordanland und den Gaza-Streifen zu annektieren, deren Bevölkerung trotz der vielen Fehler, die Arafat gemacht hat, nach wie vor fest hinter seiner Führung steht. (Randal, 1983:250)

Shlaim (2000) deutet an, ein anderer Aspekt von Scharons „großem Plan“ habe darin bestanden, den christlichen Verbündeten Israels, Bachir Gemayel, im Libanon an die Macht zu bringen und die palästinensischen Flüchtlinge aus dem Libanon nach Jordanien zu vertreiben, wo sie die haschemitische Monarchie stürzen und Jordanien in einen Palästinenser-Staat verwandeln sollten. Dadurch würde der Druck der internationalen Gemeinschaft auf Israel, das Westjordanland zu verlassen, verringert und Israel könnte das Gebiet annectieren. Doch letztlich konnte keines der genannten geostrategischen Ziele umgesetzt werden. Bachir Gemayel wurde kurz nach dem Krieg ermordet und die haschemitische Monarchie in Jordanien blieb erhalten.

Nach den Massakern von Sabra und Schatilla kehrten im Rahmen einer multinationalen Truppe auch amerikanische Marines in den Libanon zurück, gerieten jedoch schon bald in Konflikt mit Kräften der Schiiten und der Drusen, die Widerstand gegen die israelische Besetzung des Südlibanons leisteten. Als amerikanische Kriegsschiffe begannen, Stellungen der Drusen zu beschießen, sah es so aus, als hätten die Amerikaner auf Seiten der christlich-israelischen Allianz in den libanesischen Bürgerkrieg eingegriffen. Am 23. Oktober tötete ein Selbstmordattentäter 256 amerikanische und 58 französische Soldaten, woraufhin die amerikanischen und die europäischen Truppen abgezogen wurden. Später übernahm eine schiitische Gruppierung mit Verbindungen zum Iran die Verantwortung für den Anschlag. Ovendale (1999) behauptet, nach dem Krieg von 1982 hätten Israel und die Vereinigten Staaten ihre politischen und militärischen Verbindungen durch gemeinsame Waffenprojekte ausgebaut. 1986 enthüllte der israelische Atomtechniker Mordechai Vanunu in der *Sunday Times*, dass Israel über ein erhebliches Potential an Atomwaffen verfügt, woraufhin er von Mitarbeitern des israelischen Geheimdienstes in Rom betäubt und entführt wurde. Zurück in Israel wurde er dann zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Neuere Zeitungsberichte legen die Vermutung nahe, dass das Atomwaffenarsenal Israels inzwischen um etwa 200 Sprengköpfe angewachsen ist, von denen viele so konzipiert sind, dass sie genau auf die von den Amerikanern gelieferten Harpoon-Marschflugkörper passen, mit denen man problemlos jedes der arabischen Nachbarländer Israels beschießen könnte. (*Observer*, 12. Oktober 2003)

Mitte der 80er Jahre wurden weitere Versuche unternommen, eine Verhandlungslösung für den Konflikt zu finden. Im Februar 1985 legten

Jassir Arafat und König Hussein von Jordanien die so genannte Amman-Deklaration vor, in der vorgeschlagen wurde, den Palästinensern innerhalb einer palästinensisch-jordanischen Konföderation ein Recht auf Selbstbestimmung einzuräumen. Die Zusammensetzung des Verhandlungsteams stellte jedoch ein Problem dar, da Israel sich weigerte, mit Mitgliedern der PLO zu verhandeln. Margaret Thatcher versuchte, den Plan dennoch voranzutreiben, und schlug eine Friedenskonferenz vor, an der auch Mitglieder der PLO teilnehmen sollten, doch der Plan wurde durch eine Reihe von Ereignissen zum Scheitern gebracht. Zuerst drohte Abu Nidal – unterstützt von Syrien – damit, jeden Palästinenser zu ermorden, der Margaret Thatchers Einladung Folge leisten sollte, und am 25. September 1985 wurden dann drei Israelis in einem Boot in Larnaka getötet. Die israelische Regierung machte die PLO dafür verantwortlich, während die PLO behauptete, die drei seien Mossad-Agenten gewesen. Anschließend schickte Israel eine Reihe von in Amerika hergestellten F-16-Kampffliegern los, um das Hauptquartier der PLO in Tunis zu bombardieren, wobei 58 Palästinenser und 15 Tunesier getötet wurden. Der Angriff wurde zwar von den USA befürwortet, doch die Europäische Gemeinschaft und die Vereinten Nationen verurteilten ihn scharf. Kurze Zeit später entführten Mitglieder einer kleinen palästinensischen Gruppierung namens *Palästinensische Befreiungsfront* das Kreuzfahrtschiff *Achille Lauro* und töteten einen älteren, behinderten jüdischen Passagier, bevor sie sich schließlich ergaben. Nach dieser Entführung übten die USA Druck auf Großbritannien aus, ein geplantes Treffen zwischen dem britischen Außenminister und Mitgliedern der PLO abzusagen. Daraufhin bestanden die Briten darauf, dass die Mitglieder der PLO eine Erklärung unterzeichnen, in der sie jede Form politisch motivierter Gewalt verurteilen. Die PLO weigerte sich und argumentierte, dass dies auch den bewaffneten Widerstand gegen die israelische Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens mit einschließen würde, woraufhin das Treffen letztlich abgesagt wurde. Nur wenig später erklärte König Hussein von Jordanien, er wolle die Zusammenarbeit mit der PLO-Führung beenden und schob dies auf Arafats Weigerung, die Resolutionen 242 und 338 zu akzeptieren. Nach diesem Bruch zwischen der PLO und der jordanischen Regierung bauten König Hussein von Jordanien und Schimon Peres enge diplomatische Kontakte auf und dachten über Möglichkeiten nach, die Friedensgespräche neu in Gang zu bringen und gleichzeitig die PLO von

den Verhandlungen auszuschließen. (Shlaim, 2000) Nach Ansicht von Shlaim hat der israelische Premierminister Jitzchak Schamir verhindert, dass Israel die „jordanische Option“ weiterverfolgte, da er gegen jedwede internationale Konferenz war, bei der ausländische Vermittler eventuell Druck auf Israel ausüben könnten.

## 1987 – die erste Intifada

Am 9. Dezember 1987, nachdem vier Bewohner des Gaza-Streifens bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen waren, begannen Palästinenser aus dem Flüchtlingslager Jabalya, ein Gelände der israelischen Armee mit Steinen zu bewerfen. Innerhalb weniger Tage griffen die Unruhen auch auf das Westjordanland über. Unbewaffnete Palästinenser – Männer, Frauen und Kinder – griffen israelische Soldaten und Schützenpanzerwagen an. Benny Morris merkt an, die Intifada sei „keine bewaffnete Rebellion gewesen, sondern eine massive, beharrliche Aktion zivilen Widerstandes mit Streiks und Schließungen von Geschäften, die von gewalttätigen (aber unbewaffneten) Demonstrationen gegen die Besatzungstruppen begleitet wurden“. (1992:561) Die Intifada dauerte sechs Jahre an, bis die palästinensische Führung sie schließlich im Rahmen der Abkommen von Oslo für beendet erklärte. Die Faktoren, die dazu geführt haben, sind nach wie vor umstritten. Netanjahu behauptete, die israelische Verwaltung in den besetzten Gebieten habe eine „liberale Politik“ geführt, „die darauf ausgerichtet war, das Leben der Palästinenser grundlegend zu verbessern“ und der materielle Wohlstand und die verbesserte Ausbildung seien Hand in Hand gegangen mit der Gewährung politischer Rechte, einschließlich einer eigenen „Presse mit Zeitungen, die die verschiedenen Fraktionen repräsentierten (einige von ihnen offene Sympathisanten der PLO) und dem Recht, alle Entscheidungen direkt vor das demokratische israelische Gerichtssystem zu bringen“. (2000:176) Seiner Ansicht nach ist die „böartige Agitation seitens der PLO“ der Auslöser für die Intifada gewesen und dies hat dazu geführt, dass die Bevölkerung in den besetzten Gebieten „immer extre-

mere Positionen einnahm und immer unerbittlicher wurde“. (2000:177) Außerdem behauptet er, die PLO hätte Kinder dazu gezwungen, ihre Schulen zu verlassen, um an den Auseinandersetzungen mit den israelischen Polizeikräften teilzunehmen. (2000:179) Gilbert macht es den Jordanern zum Vorwurf, dass sie die im Westjordanland lebenden Palästinenser nicht bereits vor 1967 in die jordanische Gesellschaft integriert haben und behauptet, der Anstoß für die Intifada sei von einem „verbitterten harten Kern von Extremisten“ gekommen, „die bereit waren, sich den Kugeln der Israelis entgegenzustellen, um so den Besatzern zu trotzen und ihre nationale Identität zu behaupten“. (1999:525) Einige Israelis machten auch die Propaganda von außen für die Intifada verantwortlich. So beschuldigte Jitzchak Rabin den Iran und Syrien, Unruhen zu schüren. Andere warfen die Frage auf, ob die Politik der Israelis in den besetzten Gebieten wirklich so liberal war und deuteten an, dass die Intifada wohl das Ergebnis massiver und anhaltender Menschenrechtsverletzungen war. Diese Ansicht wird auch in einem Bericht des israelischen *Committee for Solidarity with Bir Zeit* (der Universität im Westjordanland, die von der israelischen Verwaltung für die besetzten Gebiete regelmäßig geschlossen wurde) ganz deutlich vertreten. In dem Bericht wird die israelische Verwaltung für die besetzten Gebiete als „Versuch“ beschrieben, „eine alte, wohl bekannte Methode der Kolonisierung in neuer ‘typisch’ israelischer Form wieder zu beleben“ und so „ein israelisches Bantustan“ zu erschaffen, in dem die Palästinenser zu Holzfällern und Wasserträgern für die israelische Gesellschaft degradiert werden“. Um dies zu erreichen, so heißt es weiter, wurden politische Aktivitäten jedweder Form allerorts gewaltsam unterdrückt und „Verräter aus den Dorfligen“ brachten in Zusammenarbeit mit den Siedlergruppen „Demütigungen, Schikane und Terror“ über die örtliche Bevölkerung. Auch die Vereinten Nationen legten Mitte der 80er Jahre eine ganze Reihe von Berichten vor, in denen man Israel wegen seiner Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten scharf kritisierte und in denen auf die weit verbreiteten Akte der Gewalt der örtlichen Siedler gegen die Palästinenser hingewiesen wurde. Israel Schahak schreibt, derartige Menschenrechtsverletzungen seien der wichtigste Auslöser für die Intifada gewesen und führt verschiedene Beispiele aus der israelischen Presse an:

Tatsächlich hatten die alltägliche Unterdrückung, die Erniedrigungen, die Enteignungen und die Willkür des israelischen Regimes vor Beginn

der Intifada stetig zugenommen. Diese Zunahme, die von der hebräischsprachigen Presse angemessen protokolliert wurde, bildete den Hauptgrund für den Ausbruch der Intifada. Leser der hebräischsprachigen Presse sind sich sehr wohl bewusst, wie unerhört sich die israelischen Streitkräfte vor Beginn der Intifada benahmen. Am 19. Juni 1987 berichtete Eyal Ehrlich in einem Artikel in der *Ha'aretz* mit dem Titel *Ein Besatzer wider Willen* über die Aussage eines jungen israelischen Soldaten, der zum Dienst bei der Grenzpolizei abkommandiert worden war. Immer, wenn ein Palästinenser seine Papiere vorweisen musste, so der junge Soldat, ging die Überprüfung der Dokumente mit „einem Schlag ins Gesicht, einem Fausthieb oder einem Tritt“ einher. „In der Regel haben die Grenzposten Spaß daran, die Araber zu schlagen“, heißt es weiter. „Sie empfinden ein gewisses Vergnügen dabei [...]. Manchmal fühle ich mich wie ein Nazi, wenn ich meine Freunde in Aktion sehe. Bei einem meiner Vorgesetzten bemühe ich mich immer sehr, mich von ihm fernzuhalten [...]. Er behandelt die örtliche Bevölkerung immer sehr schlecht: er ist brutal, er schlägt sie und ähnliches mehr. [...] Die Soldaten spucken den Arabern ins Gesicht oder treten sie in die Hoden. Und stets ist da der Schlag ins Gesicht.“ Ein Artikel von Menahem Shizaf in der Ausgabe von *Hadashot* vom 7. Juli 1987 trug den Titel Grenzposten zwingen Araber zu masturbieren und den Boden zu lecken. In dem Artikel wurde beschrieben, wie die Israelis palästinensische Arbeiter aus den besetzten Gebieten behandelten, die sie dabei erwischten, dass sie nicht nach Hause zurückkehrten, sondern in Hütten in Israel übernachteten. (*Washington Report on Middle East Affairs*, März 1991)

Der israelische Verteidigungsminister Jitzchak Rabin erklärte, die Antwort der Israelis auf die Intifada würde „wichtig, machtvoll und schlagkräftig“ sein. (*New York Times*, 23. Januar 1988; zitiert in *The New York Review of Books*, 17. März 1988) In der israelischen *Hadashot* hieß es, Ministerpräsident Schamir habe jene, die gegen die Besatzung protestierten, gewarnt, man würde sie „wie Heuschrecken“ zerquetschen und ihre Köpfe würden „an Mauern und Wänden zerschlagen“. Weiter wurde er mit den Worten zitiert: „Vom Gipfel dieses Berges und aus der Perspektive einer Jahrtausendealten Geschichte sagen wir ihnen, dass sie im Vergleich zu uns wie Heuschrecken sind.“ (6. Januar 1988; zitiert in Chomsky, 1999:482) Im Februar 1988 war die Intifada durch die Einsetzung der Vereinten Nationen Führung des Aufstandes bereits

formalisiert. Die Organisation ermutigte die Palästinenser, die in Israel arbeiteten, zu Streiks und rief zu Angriffen auf die Verwaltungsstrukturen der Israelis auf. Es wurden keine Steuern gezahlt, diejenigen, die als Verwalter oder Steuereintreiber arbeiteten, kündigten und man boykottierte israelische Waren. (Ovendale, 1999) Außerdem errichteten die Palästinenser Straßensperren, um die israelische Armee fernzuhalten, und sie versuchten, ein alternatives System zur Selbstverwaltung aufzubauen, das unabhängig von den Militärbehörden funktionierte.

Im Februar 1988 legten die Vereinigten Staaten einen Friedensplan vor, dessen Grundlage eine Autonomie der Palästinenser in den besetzten Gebieten bildete, dieser wurde jedoch sowohl von den Israelis als auch von der PLO zurückgewiesen, wobei letztere kritisierten, dass darin keine Rede von einem eigenen Staat für die Palästinenser war. Im April wurde dann Abu *Dschihad*, der Stellvertretende Chef der PLO, in Tunesien von den Israelis ermordet, woraufhin die tunesische Regierung Beschwerde beim UN-Sicherheitsrat einlegte. In der israelischen Tageszeitung *Ma'ariv* wurde später berichtet, dass der spätere Ministerpräsident Ehud Barak den Mordanschlag von einem Marineschiff vor der Küste Tunesiens aus geleitet hatte. (4. Juli 1988) Im Juli 1988 erklärte König Hussein von Jordanien, sein Land wolle die Verbindungen zum Westjordanland abbrechen, womit letztlich die „jordanische Option“, die lange Zeit das Lieblingskind der USA und einiger führender israelischer Politiker gewesen war, gestorben war. Im September sagte Jassir Arafat vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, die PLO würde Israels Recht auf Sicherheit anerkennen, wenn Israel einen palästinensischen Kleinstaat anerkennen würde. Auf einem Treffen im November in Algier einigte sich der Palästinensische Nationalrat darauf, Israel sowie sämtliche UN-Resolutionen seit 1947 anzuerkennen und den Anspruch auf das gesamte Mandatsgebiet Palästina aufzugeben. Außerdem verkündete der Rat die Errichtung des Staates Palästina, dessen Hauptstadt Ost-Jerusalem sein sollte. Der israelische Ministerpräsident Schamir tat die Beschlüsse des Rates als „betrügerische Propagandaversuche“ ab, „die den Eindruck der Mäßigung erwecken sollten und bei jenen, die Gewaltakte in Judäa und Samaria verübten, den Eindruck, man habe etwas erreicht“. (zitiert in Shlaim, 2000:466) Jassir Arafat wollte sich an die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York wenden, doch obwohl mehr als sechzig Länder die PLO anerkannten, verwehrten ihm die Vereinigten Staaten ein Einreisevisum für die USA. (Ovendale, 1999) Daraufhin

beschloss die UN-Generalversammlung, ihre Plenarsitzung in Genf abzuhalten. Nachdem der amerikanische Außenminister George Shultz massiven Druck auf ihn ausgeübt hatte, erklärte Arafat, die PLO würde die Resolutionen 242 und 338 sowie Israels Existenzrecht anerkennen und distanzierte sich von jedwedem „Terrorismus“.

In der Zwischenzeit erzeugte die Reaktion Israels auf die Intifada massive Kritik seitens der internationalen Gemeinschaft. Im Januar 1989 berichtete das amerikanische Außenministerium, im Laufe der Unruhen seien bereits elf Israelis und 366 Palästinenser ums Leben gekommen. Einige Vertreter der Konservativen in Israel sagten, die Kritik an Israel und die Medien seien in ihrer Berichterstattung über die Intifada voreingenommen und unfair und die Reaktion der Israelis auf die Intifada sei maßvoll und angemessen. So äußerte sich beispielsweise Netanjahu folgendermaßen:

Die Medien ignorierten einfach den Terror, den die Araber auf den Straßen verbreiteten und schufen sich selbst nächtliche Folgen eines populären romantischen Dramas: heroischer, hoffnungslos Unterlegener strebt nach Selbstbestimmung und kämpft dabei gegen einen schrecklichen israelischen Tyrannen. [...] Da den Zuschauern gesagt wird, es handele sich um eine „Besatzungsarmee“ – die also sowieso kein Recht hat, dort zu sein – können die Medien selbst die notwendigsten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in unverzeihliche Verbrechen verwandeln. Auf den Bildschirmen erscheint kein einziges Bild, auf dem zu sehen wäre, wie organisiert die Ausschreitungen sind, welch vernichtendes Ausmaß die Gewalt hat und wie sehr das Leben unschuldiger Araber (und Juden), die letztlich unter den Rädern der Intifada zermahlen werden, unter dem Terror leidet. Ebenso wenig wie über die eingeschränkten Feuerbefehle berichtet wird, durch die die Hand jedes israelischen Soldaten gebremst wird oder über die Schnellverfahren gegen 280 Israelis, die in irgendeiner Weise gegen diese Befehle verstoßen haben – im Gegensatz zu den Zehntausenden israelischer Soldaten und Reservisten, die den Anweisungen in tadelloser Weise Folge leisteten. (2000:181-82)

Die Vereinten Nationen, verschiedene NGOs, Menschenrechtsgruppen und auch einige israelische Soldaten bezweifeln diese Darstellung jedoch. Im Dezember 1988 verabschiedete die UN-Generalversammlung mit

106 zu 2 Stimmen (die USA und Israel) eine Resolution, in der das Verhalten der israelischen Streikkräfte und der jüdischen Siedler während der Intifada verurteilt wurde. In dieser Resolution wurde „einmal mehr erklärt, dass die Verstöße Israels gegen diese Konvention Kriegsverbrechen sind und ein Angriff auf die Menschlichkeit“. Neben vielen anderen Kritikpunkten wurde in der Resolution auch die „Umsetzung einer Politik der ‘eisernen Faust’ gegen das palästinensische Volk, [...] die Eskalation der Brutalität seitens der Israelis seit Beginn der Aufstände, [...] die Misshandlung und Folterung von Kindern und Minderjährigen unter Arrest und/oder in Gefangenschaft, [...] das Töten und Verwunden wehrloser Demonstranten, [...] das Brechen von Knochen und Gliedmaßen bei Tausenden Zivilisten [...] [und] der Einsatz von Giftgas, der unter anderem den Tod vieler Palästinenser verursachte [...] scharf verurteilt“. (United Nations, 1988) Besonders wurde Israel für den Umgang mit Kindern während der Intifada kritisiert. In einer 1.000-seitigen Studie von *Save the Children* werden unter anderem „wahlloses Prügeln, der Einsatz von Tränengas und die Erschießung von Kindern“ dokumentiert. In dem Bericht hieß es, die Opfer seien im Durchschnitt erst zehn Jahre alt gewesen und die Mehrheit der erschossenen Kinder habe überhaupt keine Steine geworfen. Weiter wird behauptet, in achtzig Prozent der Fälle, in denen auf Kinder geschossen wurden, habe die israelische Armee verhindert, dass die Opfer medizinisch versorgt werden. Die Autoren des Berichts kommen zu dem Schluss, dass mehr als 50.000 Kinder hätten medizinisch versorgt werden müssen, unter anderem wegen Schussverletzungen, Tränengasintoxikation und multiplen Frakturen. (Bericht zitiert in Finkelstein, 1996:47) Im Bulletin der *Israeli League for Human and Civil Rights* vom August 1989 mit dem Titel *Bewusster Mord* wurde berichtet, dass die Israelis ganz bewusst palästinensische Kinder in Führungsrollen angriffen. In dem Bericht hieß es, die israelische Armee und die Scharfschützen der „Spezialeinheiten“ hätten die Kinder, die man mit Schüssen in Kopf oder Herz sofort tötete, „sorgfältig ausgewählt“. (Bericht zitiert in Finkelstein, 1996:48) In anderen Berichten israelischer Menschenrechtsorganisationen und in Artikeln in der israelischen Presse ist die Rede davon, dass Folterungen Gefangener, darunter auch Kinder, keine Seltenheit waren und dass dazu auch massive Schläge und der Einsatz von Elektroschocks gehörten.

Auch die Gründung der islamischen Oppositionsbewegung *Hamas* durch Scheich Jassin im Februar 1988 fiel in die Zeit der Intifada. Die

Organisation, die aus der *Muslimischen Bruderschaft* hervorgegangen war, hob immer wieder die Bedeutung der Rückkehr zu konservativen islamischen Werten hervor und schuf ein Netzwerk medizinischer und sozialer Dienste für die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Viele Jahre lang erhielt die Organisation massive finanzielle Unterstützung von den Israelis. (Shlaim, 2000; Chomsky, 1999; Mishal und Sela, 2000) Shlaim ist der Meinung, dies sei deshalb geschehen, weil die Israelis „hofften, so den säkularen Nationalismus der PLO zu schwächen“. (2000:459) Chomsky (1999) meint, eine solche Schwächung wäre für die Israelis insofern von Vorteil gewesen, als sie damit eine politische Lösung des Konflikts hätten umgehen können, zu der möglicherweise auch die Rückgabe der besetzten Gebiete gehört hätte. In der *Hamas*-Charta vom August 1988 beansprucht die Organisation ganz Palästina als religiöse Stiftung für die Muslime und sagt, es sei die Pflicht jedes Muslimen, sich am *Dschihad* („Kampf“) zur „Befreiung“ Palästinas zu beteiligen. Umstritten ist nach wie vor, inwieweit die tatsächlichen Absichten der *Hamas* mit dieser Rhetorik überstimmen. In den Augen der meisten Israelis handelt es sich bei der *Hamas* um eine fundamentalistische und nicht kompromissbereite Organisation, deren erklärte Ziele das Töten von Juden und die Zerstörung des Staates Israel sind. Zwei israelische Wissenschaftler, Schaul Mischal und Avraham Sela, vertreten jedoch die Ansicht, dass die Organisation weitaus komplexer ist und auch weitaus pragmatischer orientiert. Sie schreiben, „kontrollierte Gewalt“ sei bei der *Hamas* „eher Mittel als Zweck“, um sich politische Unterstützung zu sichern und sie sei „sich der Machtverhältnisse und der politischen Machbarkeit vollkommen bewusst“. (2000:VIII) Weiter sagen sie, das Hauptanliegen der *Hamas* sei es gewesen, sich als wichtigste Kraft in der politischen Arena Palästinas zu etablieren und es sei durchaus möglich, dass die *Hamas* in der Zukunft „feststellt, dass sie eine praktikable Form der Koexistenz mit Israel anstelle des bewaffneten Kampfes durchaus akzeptieren kann“. (2000:IX) Im Jahr 1989 wurde der Gründer der Organisation, Scheich Jassin, von den Israelis verhaftet, und in den besetzten Gebieten versuchten die Israelis, durch eine Ausweitung der Deportationen und der Ausgangssperren die Intifada zu unterdrücken. Außerdem verboten sie die Komitees, die den Aufstand organisierten, was für die Palästinenser ein ernsthaftes Problem darstellte, da sie in den Komitees den Nukleus der zukünftigen Selbstverwaltungsbehörden sahen, die sie nach Beendigung der Besatzung aufbauen wollten.

1989 brachte Jitzchak Schamir eine Initiative ein, in der er vorschlug, den Palästinensern im Gegenzug für einen Beendigung der Intifada Wahlen und eine erweiterte Autonomie anzubieten und legte bestimmte Vorbedingungen dafür fest. So sollte es keinen palästinensischen Staat und keine Beteiligung der PLO geben (selbst wenn deren Kandidaten bei den Wahlen siegen sollten) und die Einwohner Ost-Jerusalems sollten nicht an den Wahlen teilnehmen dürfen. Letztlich wurden diese Pläne von Mitgliedern von Schamirs eigenem Kabinett zu Fall gebracht, vor allem von Ariel Scharon, David Levy und Jitzchak Moda'i, die der Ansicht waren, Israel gäbe damit zuviel auf und entwickle eine zu liberale Einstellung gegenüber der Intifada. (Shlaim, 2000) Anschließend legten die Vereinigten Staaten und Ägypten eigene Friedensinitiativen vor, die zu einer Spaltung der damaligen „Regierung der nationalen Einheit“ in Israel und letztlich zu ihrem Untergang führten. Ein Teil der Regierung, der Labour-Block, versuchte erfolglos, Schamir dazu zu bringen, den amerikanischen Vorschlag zu akzeptieren, während einige Vertreter der konservativen Likud-Partei der Ansicht waren, Israel mache zu viele Konzessionen und ginge nicht hart genug gegen die Intifada vor. Sechs Wochen lang versuchte Schimon Peres' Arbeitspartei erfolglos, eine neue Koalition zu bilden und letzten Endes bildete die Likud-Partei unter Jitzchak Schamir eine Koalition mit den ultra-nationalistischen und religiösen Parteien. Diese neue Koalition, von der Shlaim meint, sie sei die konservativste und (in ihrer Einstellung zu den Arabern) am wenigsten kompromissbereite Koalition in der Geschichte des Staates Israel gewesen, erklärte sofort, sie würde die Intifada beenden, neue Siedlungen bauen und die bereits bestehenden ausbauen. (2000) Außerdem stellte sie sofort klar, dass es keinen palästinensischen Staat, keine Verhandlungen mit der PLO und keine Teilung Jerusalems mit den Palästinensern geben würde.

Die Intifada, die in dieser Zeit immer weiter schwelte, brach erneut aus, als im Oktober 1990 auf dem Tempelberg in Jerusalem 21 Palästinenser von israelischen Soldaten getötet wurden. Die Israelis behaupteten, sie haben nur reagiert, nachdem zuvor betende Israelis mit Steinen beworfen worden waren. Die Palästinenser dagegen behaupteten, die Steine seien erst geflogen, nachdem die Israelis das Feuer eröffnet hatten. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Tötungen zwar, doch es gelang den Israelis zu verhindern, dass die UN auf Bitten der Palästinenser hin eingriff und

die israelische Militärregierung in den besetzten Gebieten durch UN-Truppen ersetzt. (Ovendale, 1999)

Im August 1990 begann dann mit dem Einmarsch Saddam Husseins in Kuwait und der darauf folgenden Besetzung des Landes der Irak-Krieg. Fünf Monate später griff eine Koalition unter Führung der Amerikaner den Irak an und erzwang den Rückzug der Iraker aus Kuwait. Sowohl die PLO-Führung als auch die Palästinenser in den besetzten Gebieten stellten sich auf die Seite Saddam Husseins, da der irakische Diktator versucht hatte, den Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait an die Bedingung eines Rückzugs der Israelis aus den besetzten Gebieten zu knüpfen und weil er Scud-Raketen auf Israel abgeschossen hatte. Dadurch, dass sie sich mit Saddam Hussein solidarisierte, büßte die PLO einen Großteil des politischen Kapitals ein, welches sie sich über viele Jahre hinweg erworben hatte, während Israel weltweit davon profitierte, dass man auf die Angriffe der Iraker nicht reagiert hatte. Nach Ende des Krieges bemühten sich die USA, Israel und seine arabischen Gegenspieler bei einer internationalen Friedenskonferenz an einen Tisch zu bringen.

## **Der Beginn des Osloer Friedensprozesses**

Ende Oktober 1991 traf sich in Madrid eine israelische Delegation mit palästinensischen Vertretern und Vertretern anderer Staaten, die in Konfrontation mit Israel standen (Syrien, Jordanien, Libanon). Obwohl die Vertreter der palästinensischen Seite der PLO nahe standen, wurden sie offiziell nicht als Mitglieder der Organisation geführt, da man sie in diesem Falle nach israelischem Recht hätte verhaften und einsperren können. Die Amerikaner, die die Konferenz organisierten, bestanden darauf, dass diese auf den UN-Resolutionen 242 und 338 basieren müsse sowie auf dem Prinzip „Land für Frieden“. Die Palästinenser erkannten diese Bedingungen an, die Israelis wiesen sie zurück. (Shlaim, 2000) Im Vorfeld der Konferenz erklärte die Likud-Regierung, es werde eine neue Welle von Siedlungsbauten geben, mit deren Hilfe die Zahl der Siedler in den besetzten Gebieten in nur vier Jahren verdoppelt werden sollte.